

INFOTICKER

Nr. 35 | 22.10.2010 Neuigkeiten aus dem Brandenburger Parlament

 www.cdu-fraktion-brandenburg.de



WÄHREND BRANDENBURGS MINISTERPRÄSIDENT PLATZECK SCHWEIGT, FORDERN DIE BÜRGER ZU RECHT KLARHEIT ÜBER DIE FLUGROUTEN DES NEUEN BBI-GROSSFLUGHAFENS.



pixe...de/Rafael Vogt

„WER GEFÄHRLICH IST, BLEIBT WEITER HINTER GITTERN“

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Neuordnung der Sicherungsverwahrung vorgelegt. Damit soll sichergestellt werden, dass Schwerekriminelle und psychisch gestörte Täter weiter verwahrt werden können. Brandenburgs Justizminister Volkmar Schöneburg muss nun schnellstmöglich handeln.

Priorität habe nach wie vor der angemessene Schutz unserer Bürger vor gefährlichen Straftätern, sagte unser rechtspolitischer Sprecher Danny Eichelbaum. „Wer gemeingefährlich ist, bleibt weiterhin hinter Gittern.“ Rechtssicher und europakonform ist der neue Gesetzentwurf. In diesem Zusammenhang forderte der CDU-Rechtsexperte den Brandenburger Justizminister Volkmar Schöneburg auf, dem Beispiel der Bundesregierung zu folgen und schnellstmöglich die Vorgaben des Europäischen Ge-

richtshofes für Menschenrechte beim Vollzug der Sicherungsverwahrung umzusetzen. „Herr Schöneburg muss endlich seine Hausaufgaben machen.“ Es gelte, möglichst schnell sowohl eine geschlossene Einrichtung für die neue Therapieunterbringung als auch einen Hochsicherheitstrakt für den Vollzug der Sicherungsverwahrung aufzubauen, so Eichelbaum weiter. „Dazu muss Herr Schöneburg rasch Gespräche mit den anderen ostdeutschen Bundesländern führen. Nur gemeinsam lassen sich bezahlbare Lösungen finden.“

DAS IST NEU BEI DER SICHERUNGSVERWAHRUNG

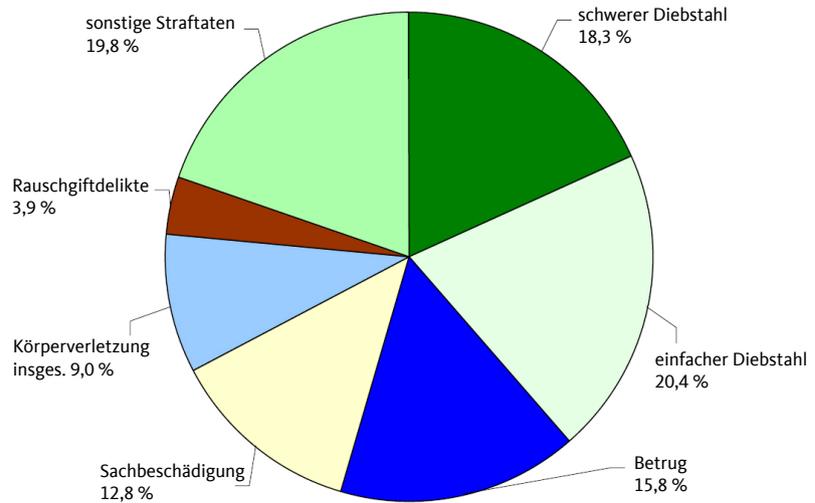
Die Neuordnung der Sicherungsverwahrung wurde notwendig, weil der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die nachträgliche Sicherungsverwahrung teilweise für menschenrechtswidrig erklärt hatte. Neu nach dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf ist:

- Ausdehnung der Sicherungsverwahrung auf Ersttäter
- Heraufsetzung der Rückfallverjährung für Straftäter erst nach 10 Jahren
- Anordnung der Sicherungsverwahrung bis zum Zeitpunkt der vollständigen Vollstreckung der Freiheitsstrafe ist nun möglich
- Einführung einer Therapieunterbringung für psychisch gestörte Täter, von denen eine Gefahr für die Allgemeinheit ausgeht

Mit dem Therapieunterbringungsgesetz wird sichergestellt, dass auch künftig die Bevölkerung vor Schwereverbrechern geschützt wird und gleichzeitig die Rechtsstaatlichkeit gewahrt bleibt.

Registrierte Kriminalität 2009 Strafanteile an „Straftaten insgesamt“ in Deutschland

Quelle: Polizeiliche Kriminalitätsstatistik 2009



Anzahl der Sicherungsverwahrten 2009

Stichtag 31.03.2009

Im Jahr 2009 befanden sich in Deutschland insgesamt 491 Personen in Sicherungsverwahrung, davon 7 im offenen Vollzug.

Baden-Württemberg	69
Bayern	62
Berlin	34
Brandenburg	6
Bremen	-
Hamburg	24
Hessen	50
Mecklenburg-Vorpommern	3
Niedersachsen	37
Nordrhein-Westfalen	145
Rheinland-Pfalz	29
Saarland	-
Sachsen	11
Sachsen-Anhalt	5
Schleswig-Holstein	15
Thüringen	1

Quelle: Statistisches Bundesamt

Rechtskräftig verurteilte Personen im Jahr 2008

Baden-Württemberg	117.838
Bayern	133.476
Berlin	52.015
Brandenburg	28.718
Bremen	9258
Hamburg	23.009
Hessen	56.515
Mecklenburg-Vorpommern	18.909
Niedersachsen	86.517
Nordrhein-Westfalen	182.491
Rheinland-Pfalz	40.293
Saarland	12.548
Sachsen	46.868
Sachsen-Anhalt	23.504
Schleswig-Holstein	20.709
Thüringen	22.023

Quelle: Statistisches Bundesamt

MINISTERPRÄSIDENT PLATZECK MUSS ENDLICH STELLUNG ZU BBI-FLUGROUTEN BEZIEHEN!

Während Berlins Bürgermeister vehement für eine Änderung der Flugrouten des neuen Großflughafens in Schönefeld trommelt, kam Brandenburgs Regierungschef Matthias Platzeck dazu bisher kein Wort über die Lippen. Die CDU-Fraktion sagt: Handeln Sie Herr Ministerpräsident!“

Der infrastrukturpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg, Rainer Genilke, hat dafür geworben, alle potenziell vom Fluglärm betroffenen Gemeinden in die Fluglärmkommission aufzunehmen. Es sei das Mindeste, die Bürger, deren Leben möglicherweise vom Fluglärm beeinträchtigt wird, frühzeitig zu informieren und an der Entscheidung zu beteiligen, sagte der CDU-Politiker. Ein entsprechender Antrag von unserer Fraktion wurde Anfang Oktober im Parlament von der rot-roten Mehrheit abgelehnt.

BÜRGERPORTESTE ERNST NEHMEN

Genilke forderte die Landesregierung auf,

die zahlreichen Proteste vor Ort ernst zu nehmen und aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Bereits seit 1998 sind der Landesregierung etwaige Flugplanungen bekannt. Die Bürger wurden darüber nicht informiert.

„Aus diesen Versäumnissen muss das Infrastrukturministerium lernen. Zu Recht erwarten die Bürger in den betroffenen Gebieten, dass ihnen die Landesregierung auf Augenhöhe begegnet und sie bei dieser wichtigen Entscheidung mitnimmt“, sagte Genilke.

Der CDU-Infrastrukturexperte verwies darauf, dass es das Ziel aller Beteiligten sein müsse, einen Ausgleich zwischen dem Wunsch nach Mobilität und den Lärmschutzinteressen vor Ort zu finden.

Dazu sei es notwendig, Flugrouten über möglichst dünn besiedelte Gebiete zu planen. Gleichwohl müsse auch Berlin in die Planungen miteinbezogen werden. „Gerade die Bundeshauptstadt wird stark vom neuen Großstadtflug-

hafen BBI profitieren. Da wäre es unverständlich, die Hauptstadt von vornherein herauszulassen. Brandenburger sind keine Bürger zweiter Klasse.“

In diesem Zusammenhang forderte die CDU-Landtagsfraktion Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) erneut auf, endlich sein Schweigen zu brechen und sich inhaltlich zu den Flugrouten am BBI zu äußern. Während sich sein Amtskollege und Berliner Bürgermeister Klaus Wowereit vehement für eine Änderung der Flugrouten einsetzt, kam dem Brandenburger Regierungschef dazu bisher kein Wort über die Lippen.

MINISTERPRÄSIDENT MUSS HANDELN

Es sei „allerhöchste Eisenbahn“, dass sich Platzeck endlich klar positioniere und die Auffassungen der Brandenburger Landesregierung äußere, forderte unser verkehrs- und infrastrukturpolitischer Sprecher Rainer Genilke eindringlich. „Die Brandenburger erwarten von ihrem Ministerpräsidenten völlig zu Recht Antworten darauf, wie die Flugrouten am BBI aussehen sollen.“ Er erinnerte Platzeck daran, dass dieser als Brandenburger Ministerpräsident genau wie der Berliner Regierende Bürgermeister die Interessen seiner Bürger vertreten müsse.



Wir sind vor Ort! Unser Kleinmachnower Abgeordneter Ludwig Burkardt (im Bild 1. von links) sowie unser Sprecher für Infrastruktur und Verkehrspolitik, Rainer Genilke (nicht im Bild), haben sich gestern mit Bürgergruppen aus Stahnsdorf, Teltow und Kleinmachnow getroffen und mit ihnen über die Flugrouten gesprochen.

BÜRGERBÜRO

WIR FREUEN UNS AUF IHREN BESUCH!

In unserer Bürgerlounge sind wir montags bis freitags von 10 bis 16 Uhr für Sie da, individuelle Terminvereinbarungen sind möglich. Vertrauensvoll und kompetent nehmen unsere Mitarbeiter Ihr Anliegen entgegen und beantworten Ihnen gern Ihre Fragen rund um die CDU-Fraktion und Fachthemen im Landtag Brandenburg.

Weiterhin sind wir Ihnen bei konkreten Gesprächswünschen mit unseren Abgeordneten sowie der Kontaktaufnahme mit den Bürgerbüros in den Wahlkreisen behilflich.

Bürgerbüro

CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8
14473 Potsdam

Tel.: 0331 / 966 14 50
Fax: 0331 / 966 14 07
pressestelle@cdu-fraktion.brandenburg.de
www.cdu-fraktion-brandenburg.de

Redaktion INFOTICKER
CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg
Pressestelle
Am Havelblick 8
14473 Potsdam

V.i.S.d.P.: Patrick Schweitzer
Layout: Fraktion
Fotos: Fraktion, pixelio.de